GROSSER RAT
Junisession 2026 2026-57

Auftrag Maissen betreffend konsequente Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Graubünden

Ende Februar 2026 verhaftete Europol mehrere mutmassliche Mitglieder der neapolitanischen Camorra, der kalabrischen 'Ndrangheta und eines Balkan-Clans; vier von ihnen lebten mit gültiger Aufenthaltsbewilligung B in Roveredo – einer, obwohl ihm das Tessin die Bewilligung als Vorbestraftem verweigert hatte, wovon die Bündner Behörden über Monate nichts wussten. Das ist kein Einzelfall, sondern Symptom. Das Misox gilt seit Längerem als Geldwäsche-Drehscheibe mit auffälliger Dichte an Briefkastenfirmen; organisierte Kriminalität (OK) ist aber kein Problem dieses Tals allein, sondern kann sich im ganzen Kanton festsetzen – vom Grenztal bis in die Tourismuszentren, überall dort, wo administrative Kontrollen lückenhaft sind. Es geht auch darum, den Ruf und den Wirtschaftsstandort der betroffenen Regionen vor dem Schaden durch kriminelle Strukturen zu schützen.
Das zuständige Departement hat aufgrund des öffentlichen Drucks reagiert und ist mehrfach an die Öffentlichkeit getreten: an einer Medienkonferenz, mit einer freiwilligen Selbstdeklaration im Bewilligungsformular und mit einem Runden Tisch zur «Sensibilisierung» der Behörden. Inzwischen sagt der Sicherheitsminister der Mafia öffentlich den Kampf an und will gemäss Südostschweiz vom 3. Juni 2026 «auf allen Ebenen» einsteigen. Diese Einsicht ist zu begrüssen – sie muss nun aber in verbindliches, nachprüfbares Handeln münden und darf nicht bei Absichtserklärungen und Gesprächsrunden stehen bleiben. Mit der vom Bundesrat im Dezember 2025 verabschiedeten Strategie der Schweiz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität besteht eine gesamtschweizerische Grundlage für ein behördenübergreifendes Vorgehen von Bund, Kantonen und Gemeinden; der Bund hat Graubünden seine Unterstützung zugesagt. Diese Chance ist jetzt verbindlich und kantonsweit zu nutzen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner beauftragen die Regierung:

1. Die Regierung schafft ein verbindliches Verfahren, wonach vor Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung – insbesondere über die bestehenden eidgenössischen Informationssysteme – systematisch abzuklären ist, ob in anderen Kantonen hängige oder abgeschlossene ausländerrechtliche Verfahren, Bewilligungsverweigerungen, Widerrufsverfahren oder sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorliegen. Diese Informationen fliessen dokumentiert in den Entscheid ein.
2. Die Regierung ergänzt die Selbstdeklaration durch eine echte Sicherheitsprüfung. Im rechtlich zulässigen Rahmen – Strafregisterauszug bei Drittstaatsangehörigen, risikobasierte Einzelfallprüfung gestützt auf den Ordre-public-Vorbehalt des Freizügigkeitsabkommens – ist eine konsequente Prüfung sicherzustellen; die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten sind auszuschöpfen.
3. Die Regierung führt ein kantonales Kontrollkonzept für Domizilgesellschaften und Gesellschaften mit erhöhtem Geldwäscherei- oder OK-Risiko ein. In Zusammenarbeit von Handelsregister-, Gewerbe- und Steuerbehörden, Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und Gemeinden sind Scheinfirmen offenzulegen, die wirtschaftlich Berechtigten zu identifizieren und Missbräuche zu sanktionieren – als Daueraufgabe, nicht als einmalige Aktion. Die personellen Ressourcen sind entsprechend zu priorisieren. Einzubeziehen sind auch vorgelagerte Akteure wie Vermieter, Treuhänder und Notariate. Die Regierung stellt einen verbindlichen Informationsfluss zwischen Kanton und Gemeinden sicher und prüft eine zentrale Meldestelle für verdächtige Sachverhalte.
4. Die Regierung setzt die nationale Strategie zur Bekämpfung der OK in Graubünden verbindlich um. Der Kanton beteiligt sich aktiv am Nationalen Aktionsplan, legt die kantonalen Zuständigkeiten fest, baut ein kantonales Lagebild auf und nutzt die zugesagte Unterstützung des Bundes. Wo die kantonale Rechtsgrundlage nicht genügt, legt die Regierung dem Grossen Rat die nötigen Anpassungen vor und bringt sie auf Bundesebene – namentlich im Rahmen des Nationalen Aktionsplans – ein. Sie erstattet dem Grossen Rat jährlich Bericht über die getroffenen Massnahmen und deren Wirkung.

Chur, 17. Juni 2026

Maissen, Censi, Righetti, Atanes, Bardill, Bavier, Bettinaglio, Binkert, Caluori, Collenberg, Crameri, Danuser (Chur), Degiacomi, Della Cà, Derungs, Epp, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Haltiner, Kienz, Kohler, Lamprecht, Loepfe, Mani, Messmer-Blumer, Morf, Natter, Nicolay, Oesch, Said Bucher, Sax, Spagnolatti, Thür-Suter, Ulber, Zanetti (Sent), Zanetti Marion (Landquart), Zindel

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sitzung vom	Mitgeteilt den	Protokoll Nr.
25. August 2026	26. August 2026	577/2026

Auftrag Maissen

betreffend konsequente Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Graubünden

Antwort der Regierung

Das Fedpol hat im Juni 2026 folgende Vision für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität (OK) definiert: «Die Politik und die Behörden auf allen Staatsebenen, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft als Ganzes verfügen über das Wissen, die rechtlichen Grundlagen und die Mittel, um Aktivitäten der OK im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten frühzeitig zu erkennen, zu verhindern und zu bekämpfen.»
Die Regierung hat im Jahre 2024 mit dem Entwicklungsschwerpunkt ES 4.1 «Bekämpfung der organisierten Kriminalität» im Regierungsprogramm 2025—2028 einen zentralen Schwerpunkt gesetzt. Es ist deshalb das erklärte Ziel der Regierung, die nationale Strategie zur Bekämpfung der OK in Graubünden verbindlich umzusetzen und sich aktiv am Nationalen Aktionsplan (NAP) OK zu beteiligen. Zu diesem Zweck wird die Regierung einen «Aktionsplan OK für den Kanton Graubünden» ausarbeiten lassen. Als Grundlage soll auch ein in Auftrag zu gebendes Gutachten dienen. Dieses soll neben konkreten Massnahmen für Kanton, Regionen, Gemeinden, Privatwirtschaft und Gesellschaft, die ohne eine Gesetzesanpassung umgesetzt werden können, auch den gesetzgeberischen Handlungsbedarf aufzeigen. Bei den jeweiligen Massnahmen sind neben den Zuständigkeiten auch die zu erwartenden personellen und finanziellen Ressourcen auszuweisen.
Zu Punkt 1: Die rechtlichen Grundlagen sowie das massgebende Verfahren sind weitgehend durch übergeordnetes Recht (EU- sowie Bundesrecht) geregelt. Auf operativer Ebene schöpft der Kanton die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bereits heute aus wie bspw. der Abgleich von Informationen in den eidgenössischen In-

formationssystemen. Sind Ereignisse oder Vorakten aus anderen Kantonen vorhanden, werden diese berücksichtigt. Ein Verfahren gemäss Auftrag besteht bereits. Die bestehenden Informations- und Kontrollmechanismen haben sich bewährt.

Zu Punkt 2: Die aktuelle Bewilligungspraxis beinhaltet neben der Selbstdeklaration bereits heute umfassende Sicherheitsprüfungen, welche die rechtlich zulässigen Kontrollmöglichkeiten konsequent ausschöpfen. Bei Drittstaatsangehörigen wird grundsätzlich ein Strafregisterauszug verlangt, bei Staatsangehörigen der EU/EFTA, wenn Verdachtsmomente, Unklarheiten oder sonstige konkrete Hinweise vorliegen. Zudem werden weitere Abklärungen vorgenommen. Die geltenden Bestimmungen des Freizügigkeitsabkommens, insbesondere der Ordre-Public-Vorbehalt, werden im rechtlich zulässigen Rahmen konsequent angewendet. Die Selbstdeklaration dient dazu, bei Nicht-Deklaration von Registereinträgen eine Bewilligung einfacher wieder entziehen zu können. Gemäss Erfahrungsaustausch gehen die übrigen Ostschweizer Kantone vergleichbar vor. Die Praxis des Kantons Tessin wurde mit deren Behörden zusammen eingehend geprüft und analysiert, um daraus Erkenntnisse für die eigene Vollzugspraxis zu gewinnen. Für die Region Moesa werden vorerst befristet zusätzliche Massnahmen eingeführt. So wird auch bei sämtlichen Neuerteilungen EU/EFTA ein Strafregisterauszug verlangt. Damit sollen weitere Erkenntnisse über die Wirksamkeit zusätzlicher Kontrollinstrumente gewonnen werden.

Zu Punkt 3: Mögliche Kontrollkonzepte, Sanktionsmassnahmen, Informationsfluss, Meldestelle usw. sind im Rahmen des zu erarbeitenden Aktionsplans zu prüfen und zu definieren.

Zu Punkt 4: Siehe einleitende Ausführungen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag betreffend der Punkte 1 und 2 zu überweisen und als erledigt abzuschreiben sowie betreffend den Punkten 3 und 4 zu überweisen.

GRISCHUN * GRIGIONE * GRAUBÜNDEN *

Namens der Regierung

Der Präsident:	Der Kanzleidirektor:
Martin Bühler	Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da zercladur 2026 2026-57

Incumbensa Maissen concernent il cumbat consequent da la criminalitad organisada en il Grischun

La fin da favrer 2026 ha Europol arrestà plirs commembers presumtivs da la Camorra napolitana, da la 'Ndrangheta calabresa e d'in clan dal Balcan; quatter dad els vivevan cun ina permissiun da dimora B valaivla a Roveredo – in, malgrà ch'il Tessin l'aveva refusà la permissiun perquai ch'el era prechastià, quai che las autoritads grischunas n'han durant mais betg savì. Quai n'è betg in cas singul, mabain in sintom. La Mesolcina vala dapi daditg sco center per lavar daners cun in dumber marcant da firmas da chaschas da brevs; la criminalitad organisada n'è dentant betg mo in problem da questa vallada, mabain po s'installar en l'entir chantun – davent da la vallada da cunfin fin als centers turistics, dapertut là, nua che las controllas administrativas èn incumplettas. I va er per proteger la reputaziun e la plazza economica da las regiuns pertutgadas dal donn tras structuras criminalas.
Pervia dal squitsch public ha il departament cumpetent reagì ed è sa drizzà pliras giadas a la publicitad: a chaschun d'ina conferenza da medias, cun in'autodeclaraziun facultativa en il formular da permissiun e cun ina maisa radunda per «sensibilisar» las autoritads. En il fratemp proclamescha il minister da segirezza il cumbat cunter la mafia e vul far quai tenor la Südostschweiz dals 3 da zercladur 2026 «sin tut ils nivels». Questa enconuschientscha è da beneventar – ella sto dentant manar ad in agir liant e verifitgabel e na dastga betg star airi tar declaraziuns d'intenziun e rundas da discussiun. Cun la Strategia svizra per cumbatter la criminalitad organisada, ch'il Cussegl federal ha deliberà il december 2025, exista ina basa naziunala per in agir cuminaivel da las autoritads federalas, chantunalas e communalas; la Confederaziun ha empermess ses sustegn al Grischun. Questa schanza è ussa lianta e sto vegnir tratga a niz en tut il chantun.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan la Regenza:

1. La Regenza stgaffescha in proceder liant, tenor il qual i sto vegnir sclerì sistematicamain, avant che conceder u prolungar ina permissiun da dimora – en spezial sur ils sistems d'infurmaziun federals existents –, sch'i dat en auters chantuns proceduras pendentas u terminadas dal dretg da persunas estras, sche permissiuns èn vegnidas refusadas, sch'i dat proceduras da revocaziun u sch'i èn avant maun autras enconuschientschas relevantas per la segirezza. Questas infurmaziuns vegnan documentadas ed integradas en la decisiun.
2. La Regenza cumplettescha l'autodeclaraziun cun ina vaira controlla da segirezza. En il rom ch'è giuridicamain admissibel – extract dal register penal tar persunas da terzs stadis, controlla dal cas singul orientada a las ristgas sa basond sin la resalva da l'urden public da la Cunvegna davart la libra circulaziun da persunas – sto vegnir garantida ina controlla consequenta; las pussaivladads giuridicas existentas ston vegnir tratgas a niz.
3. La Regenza introducescha in concept da controlla chantunal per societads da domicil e per societads cun in ristg pli grond da lavada da daners u da criminalitad organisada. En collavuraziun cun las autoritads dal register da commerzi, dal mastergn e da taglia, cun la Polizia chantunala, la Procura publica e las vischnancas ston vegnir scuvridas firmas fictivas, identifitgadas las persunas che han il dretg economic e sancziunads ils abus – quai sco incumbensa permanenta, betg sco acziun unica. Las resursas da persunal ston vegnir priorisadas correspundentamain. Er acturs davanttiers, sco locaturs, fiduziaris e notariats, èn d'integrar. La Regenza procura che las infurmaziuns circuleschian en moda lianta tranter il chantun e las vischnancas ed examinescha in post d'annunzia central per fatgs suspectus.
4. La Regenza realisescha en moda lianta la Strategia naziunala per cumbatter la criminalitad organisada en il Grischun. Il chantun sa participescha activamain al plan d'acziun naziunal, fixescha las cumpetenzas chantunalas, elavura in rapport davart la situaziun en il chantun e tira a niz il sustegn empermess da la Consultaziun. Nua che las basas giuridicas chantunalas na tanschan betg, suttametta la Regenza las adattaziuns necessarias al Cussegl grond e fa valair quellas sin plaun federal, en spezial en il rom dal plan d'acziun naziunal. Ella rapporta mintg'onn al Cussegl grond davart las mesiras prendidas e lur effect.

Cuira, ils 17 da zercladur 2026

Maissen, Censi, Righetti, Atanes, Bardill, Bavier, Bettinaglio, Binkert, Caluori, Collenberg, Crameri, Danuser (Cuira), Degiacomi, Della Cà, Derungs, Epp, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Haltiner, Kienz, Kohler, Lamprecht, Loepfe, Mani, Messmer-Blumer, Morf, Natter, Nicolay, Oesch, Said Bucher, Sax, Spagnolatti, Thür-Suter, Ulber, Zanetti (Sent), Zanetti Marion (Landquart), Zindel

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sesida dals	Communitgà ils	Protocol nr.
25 d'avust 2026	26 d'avust 2026	577/2026

Incumbensa Maissen

concernent il cumbat consequent da la criminalitad organisada en il Grischun

Resposta da la Regenza

Il fedpol ha definì il zercladur 2026 la suandanta visiun per il cumbat cunter la criminalitad organisada: «La politica e las autoritads sin tut ils plauns statals, l'economia e la societad civila sco tala disponan da la savida, da las basas legalas e dals meds per identifitgar, impedir e cumbatter a temp las activitads da la criminalitad organisada en il rom da lur pussaivladads respectivas.»

Cun il punct central da svilup PS 4.1 «Cumbat cunter la criminalitad organisada» ha la Regenza fixà il 2024 in accent central en il Program da la Regenza 2025–2028. La finamira communitgada da la Regenza è perquai da realisar en moda lianta la strategia naziunala per cumbatter la criminalitad organisada en il Grischun e da sa participar activamain al plan d'acziun naziunal (PAN). Per quest intent vegn la Regenza a laschar elavurar in «Plan d'acziun Criminalitad organisada per il chantun Grischun». Per avair ina basa duai vegnir surdada l'incumbensa da far in'expertisa. Quella duai per l'ina mussar tge mesiras concretas ch'il chantun, las regiuns, las vischnancas, l'economia privata e la societad pon realisar senza adattar la lescha. Per l'autra duai ella mussar il basegn d'agir sin plaun legislativ. Tar las mesiras respectivas ston vegnir inditgadas, ultra da las cumpetenzas, er las resursas persunalas e finanzialas che vegnan spetgadas.

Tar il punct 1: Las basas legalas sco er la procedura decisiva èn regladas per gronda part en il dretg surordinà (dretg da la UE sco er dretg federal). Sin plaun operativ tira il chantun gia oz a niz las pussaivladads che stattan a disposiziun ad el, sco p.ex. d'armonisar las infurmaziuns en ils sistems d'infurmaziun federals. Sche eveniments u documents provisorics d'auters chantuns èn avant maun, vegnan quels

resguardads. Ina procedura tenor l'incumbensa exista gia. Ils mecanissems d'infurmaziun e da controlla existents èn sa cumprovads.

Tar il punct 2: La pratica actuala da permissiun cuntegna, ultra da la declaraziun persunala, gia oz controllas da segirezza cumplessivas che tiran a niz consequentamain las pussaivladads da controlla ch'èn giuridicamain admissiblas. Da persunas da terzs stadis vegn da princip pretendì in extract dal register penal. Tar persunas ch'èn burgaisas da la UE / AECL, è quai il cas, sch'i dat suspects, intschertezzas u auters indizis concrets. Ultra da quai vegnan fatgs auters scleriments. Las disposiziuns vertentas da la Cunvegna davart la libra circulaziun, en spezial la resalva da l'urden public, vegnan applitgadas consequentamain en il rom giuridicamain admissibel. Cun l'autodeclaraziun èsi pli simpel da puspè retrair ina permissiun, sch'inscripziuns en il register na vegnan betg decleradas. Tenor il barat d'experientschas procedan ils ulteriurs chantuns da la Svizra orientala en moda cumparegliabla. La pratica dal chantun Tessin è vegnida examinada ed analisada detagliadamain ensemen cun sias autoritads per obtegnair uschia enconuschientschas per l'atgna pratica executiva. Per la regiun Moesa vegnan per entant introducidas durant in temp limità ulteriuras mesiras. Uschia vegn er pretendì in extract dal register penal per tut las novas permissiuns da la UE / AECL. Qua tras duain vegnir obtegnidas ulteriuras enconuschientschas davart l'efficacitad d'instruments da controlla supplementars.

Tar il punct 3: Eventuals concepts da controlla, mesiras da sancziuns, circulaziun da las infurmaziuns, post d'annunzia e.u.v. ston vegnir examinads e definids en il rom dal plan d'acziun che duai vegnir elavurà.

Tar il punct 4: Guardar explicaziuns introductivas.

Sin basa da questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa concernent ils puncts 1 e 2 e d'als stritgar sco liquidads, sco er d'acceptar l'incumbensa concernent ils puncts 3 e 4.

GRISCHUN * GRIGIONE * GRAUBÜNDEN

En num da la Regenza

Il president:	Il chancelier:
Martin Bühler	Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO
Sessione di giugno 2026 2026-57

Incarico Maissen concernente la lotta sistematica alla criminalità organizzata nei Grigioni

A fine febbraio 2026, Europol ha arrestato diversi presunti membri della camorra napoletana, della 'ndrangheta calabrese e di un clan balcanico; quattro di loro vivevano a Roveredo con un permesso di dimora B valido. Tra questi vi era una persona alla quale il Ticino aveva negato il permesso per via dei suoi precedenti penali, circostanza di cui le autorità grigionesi non erano però stati a conoscenza per mesi. Non si tratta di un caso isolato, bensì del sintomo di un problema più ampio. Da diverso tempo la Mesolcina è considerata una piattaforma per il riciclaggio di denaro con una sospetta densità di società bucalettere. La criminalità organizzata non è però un problema esclusivo di questa valle, bensì può insediarsi in tutto il Cantone, dalla valle di confine fino ai centri turistici, ovunque i controlli amministrativi risultano lacunosi. Occorre anche proteggere la reputazione e la piazza economica delle regioni interessate dai danni causati dalle strutture criminali.
A seguito della pressione pubblica, il dipartimento competente ha reagito e ha più volte preso posizione in pubblico: in occasione di una conferenza stampa, con un'autodichiarazione volontaria nel modulo di richiesta del permesso e con una tavola rotonda per «sensibilizzare» le autorità. Nel frattempo il ministro della sicurezza ha dichiarato pubblicamente guerra alla mafia e, stando a quanto riportato dalla Südostschweiz del 3 giugno 2026, intende intervenire «a tutti i livelli». Questo atteggiamento va accolto con favore, ma ora deve tradursi in azioni vincolanti e verificabili e non deve fermarsi a mere dichiarazioni d'intenti o tavole rotonde. La Strategia della Svizzera per la lotta alla criminalità organizzata approvata dal Consiglio federale a dicembre 2025 costituisce una base nazionale per un modo di procedere coordinato tra le diverse autorità di Confederazione, Cantoni e comuni; la Confederazione ha accordato il proprio sostegno ai Grigioni. Questa opportunità deve essere sfruttata ora in modo vincolante e in tutto il Cantone.

Le firmatarie e i firmatari attribuiscono al Governo i seguenti incarichi:

1. Il Governo crea una procedura vincolante secondo la quale, prima del rilascio o della proroga di un permesso di dimora, occorre accertare sistematicamente, in particolare tramite i sistemi d'informazione federali esistenti, se in altri Cantoni sono in corso o conclusi procedimenti di diritto in materia di stranieri, se vi sono rifiuti di permessi, procedure di revoca o in formazioni rilevanti per la sicurezza. Queste informazioni devono essere documentate e confluiscono nella decisione.
2. Il Governo integra l'autodichiarazione con un vero e proprio controllo di sicurezza. Nei limiti concessi dal diritto (estratto del casellario giudiziale in caso di cittadini di Stati terzi, esame caso per caso in base al rischio e alla riserva di ordine pubblico prevista dall'Accordo sulla libera circolazione delle persone) va garantita una verifica sistematica; le possibilità giuridiche esistenti vanno sfruttate appieno.
3. Il Governo introduce una strategia di controllo cantonale per società di domicilio e società con un rischio elevato di riciclaggio di denaro o di criminalità organizzata. In collaborazione con le autorità del registro di commercio nonché del settore artigianale e fiscale, la Polizia cantonale, la Procura pubblica e i comuni, occorre individuare le ditte fittizie, identificare i titolari effettivi e sanzionare gli abusi. Si tratta di un compito permanente, non di un'azione isolata. Le risorse in termini di personale vanno impiegate secondo le priorità. Vanno coinvolti anche attori a monte come locatori, fiduciari e notai. Il Governo garantisce un flusso di informazioni vincolante tra Cantone e comuni e prende in esame l'istituzione di un servizio centrale di segnalazione per fattispecie sospette.
4. Il Governo attua in modo vincolante la strategia nazionale per la lotta alla criminalità organizzata nei Grigioni. Il Cantone partecipa attivamente al piano d'azione nazionale, stabilisce le competenze cantonali, sviluppa un quadro della situazione cantonale e sfrutta il sostegno garantito dalla Confederazione. Laddove la base giuridica cantonale non sia sufficiente, il Governo sottopone al Gran Consiglio gli adeguamenti necessari e li presenta a livello federale, segnatamente nel quadro del piano d'azione nazionale. Esso presenta annualmente rapporto al Gran Consiglio in merito alle misure adottate e ai loro effetti.

Coira, 17 giugno 2026

Maissen, Censi, Righetti, Atanes, Bardill, Bavier, Bettinaglio, Binkert, Caluori, Collenberg, Crameri, Danuser (Coira), Degiacomi, Della Cà, Derungs, Epp, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Haltiner, Kienz, Kohler, Lamprecht, Loepfe, Mani, Messmer-Blumer, Morf, Natter, Nicolay, Oesch, Said Bucher, Sax, Spagnolatti, Thür-Suter, Ulber, Zanetti (Sent), Zanetti Marion (Landquart), Zindel

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Seduta del	Comunicato il	Protocollo n.
25 agosto 2026	26 agosto 2026	577/2026

Incarico Maissen

concernente la lotta sistematica alla criminalità organizzata nei Grigioni

Risposta del Governo

A giugno 2026 la fedpol ha definito la seguente visione per la lotta alla criminalità organizzata: «La politica e le autorità a tutti i livelli statali, l'economia e la società civile globale hanno, nell'ambito delle loro possibilità, le conoscenze, le basi legali e i mezzi per individuare, prevenire e combattere le attività del crimine organizzato.»
Nel 2024, con il punto centrale di sviluppo PCSv 4.1 relativo alla lotta alla criminalità organizzata il Governo ha fissato un punto chiave nel programma di Governo 2025–2028. L'obiettivo dichiarato del Governo consiste perciò nell'attuazione vincolante nei Grigioni della strategia nazionale per la lotta alla criminalità organizzata e nel partecipare attivamente al Piano nazionale d'azione (PNA) per la lotta alla criminalità organizzata. A tale scopo, il Governo farà elaborare un «Piano d'azione criminalità organizzata per il Cantone dei Grigioni». A fungere da base sarà anche una perizia da commissionare. Quest'ultima dovrà illustrare, oltre a misure concrete per Cantone, regioni, comuni, economia privata e società che possono essere attuate senza un adeguamento di legge, anche la necessità di agire a livello legislativo. Per ciascuna misura dovranno essere indicate, oltre alle competenze, anche le risorse finanziarie e in termini di personale presumibilmente necessarie.
In merito al punto 1: le basi giuridiche e la procedura determinante sono ampiamente disciplinate dal diritto di rango superiore (diritto UE e federale). A livello operativo il Cantone sfrutta già oggi le possibilità a sua disposizione, come ad esempio il confronto di informazioni nei sistemi d'informazione federali. Si tiene conto anche di eventuali eventi o atti pregressi di altri Cantoni. Una procedura come quella richiesta nell'incarico esiste già. I meccanismi di informazione e di controllo esistenti si sono rivelati validi.

In merito al punto 2: oltre all'autodichiarazione, l'attuale prassi di rilascio del permesso contiene già ampie verifiche di sicurezza che sfruttano in modo sistematico le possibilità di controllo ammesse dalla legge. Per cittadini di Stati terzi viene di principio richiesto un estratto del casellario giudiziale; per cittadini degli Stati UE/AELS tale estratto viene richiesto solo se sussistono sospetti, dubbi o altri indizi concreti. Vengono inoltre effettuati ulteriori accertamenti. Le disposizioni vigenti dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone, in particolare per quanto riguarda l'ordine pubblico, vengono applicate in maniera sistematica nei limiti consentiti dalla legge. L'autodichiarazione serve a poter revocare più facilmente un permesso in caso di mancata dichiarazione di iscrizioni nel registro. Secondo le esperienze raccolte, anche gli altri Cantoni adottano un approccio simile. La prassi seguita dal Cantone Ticino è stata esaminata e analizzata a fondo insieme alle relative autorità al fine di trarne evidenze per la propria prassi d'esecuzione. Per la Regione Moesa saranno per il momento introdotte misure supplementari a tempo determinato. In particolare, anche per tutti i nuovi rilasci di permessi UE/AELS viene richiesto un estratto del casellario giudiziale. L'obiettivo è quello di acquisire maggiori evidenze relative all'efficacia di ulteriori strumenti di controllo.

In merito al punto 3: possibili piani di controllo, sanzioni, flusso di informazioni, servizio per le segnalazioni, ecc. vanno esaminati e definiti nel quadro del piano d'azione da elaborare.

In merito al punto 4: vedi considerazioni introduttive.

In base a quanto esposto il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico e di stralciarlo come evaso per quanto riguarda i punti 1 e 2 nonché di accoglierlo per quanto riguarda i punti 3 e 4.

GRISCHUN * GRIGIONE * GRAUBÜNDEN

In nome del Governo

Il Presidente:	Il Cancelliere:
Martin Bühler	Daniel Spadin